

AK-Wahlen 2024

Schweigen im Walde?

Erinnern wir uns: Als vor fünf Jahren 2019 die AK-Wahlen anstanden, war die Regierung Kurz-Strache gerade einmal eineinhalb Jahre im Amt. Sie hatte bereits den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche ebenso beschlossen wie die Zusammenlegung der Krankenkassen zur ÖGK unter dem bis heute nicht eingelösten Versprechen, dass das eine „Patientenmilliarde“ und einfachere und bessere Versorgung bringen würde. Das Gegenteil ist der Fall.

Als nächstes Ziel hatte sich die VP-FP-Regierung die Schwächung der Arbeiterkammern (AK) zum Ziel gesetzt, u.a. durch Kürzung des AK-Beitrages oder gar durch Abschaffung der AK als gesetzliche Vertretung aller Arbeiter und Angestellten. Dann kam Ibiza und die Regierung Kurz-Strache, die schon genug Schaden am Sozialsystem Österreichs angerichtet hatte, war Geschichte. Die Menschen hielten zur AK und stärkten die AK gegen die Angriffe. Die AK als Institution und ihre Verantwortlichen, die selbst bei den größten Angriffen nur von fehlender Fairness der Regierung sprachen und immer noch auf Kooperation mit den Angreifern auf AK und soziale Rechte setzen, kamen sozusagen im wahrsten Sinne des Wortes mit einem „blauen“ Auge davon, weil es durch die FP-Machenschaften die Regierung zerriss und damit vorerst die weiteren Angriffe stoppte. Aber wie man weiß, ist aufgeschoben nicht aufgehoben. Die Angriffe auf die AK und damit auf die von den arbeitenden Menschen erkämpften sozialen Rechte kommen in den letzten 30 Jahren in Wellen, usw. dann, wenn sich die Unternehmer und ihre Wirtschaftsregierung dafür stark genug halten. Was die Industrie und die Wirtschaft von den



erkämpften Rechten der Arbeitenden halten, sah man ja bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen. Und WK-Präsident Mahrer kann sich auch nach den Nationalratswahlen im Herbst wieder eine VP-FP-Koalition vorstellen. In diesem Fall werden die Angriffe auf die arbeitenden Menschen und direkt auch auf die Institution AK wieder noch stärker werden und die alten Pläne, AK-Beitragskürzung und Angriff auf die AK als gesetzliche Vertretung aller Arbeiter und Angestellten, wieder auf die politische Tagesordnung von rechten Parteien und „Liberalen“ (Neos) kommen. Was würde das bedeuten? Weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder, also für ca. 4 Millionen arbeitende Menschen und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages.

Dagegen müssen AK, ÖGB, SPÖ und Zivilgesellschaft vehement ankämpfen. Dagegen muss die AK selbst über diese für die Arbeitnehmer:innen nie ad acta gelegten Vorhaben der Unternehmer und ihrer Rechtsparteien und „Liberalen“ (Neos) offensiv informieren und dagegen massiv auftreten! Es geht um die aktive Aufklärung über und Zurückweisung solch geplanter Angriffe. Stillhalten ist die falsche Antwort! Daher ist es völlig unangebracht, dass die AK-Spitzen in der aktuellen AK-Wahl sich so ruhig verhalten, statt die Gelegenheit zu nutzen, die arbeitenden Menschen darauf hinzuweisen und vorzubereiten.



Solidarität
unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1 *

solidaritaet@gmx.at

*

Februar 2024